



# Übernahmen sorgfältig prüfen

**China.** In den vergangenen Jahren haben chinesische Unternehmen verstärkt deutsche Firmen aufgekauft. Ein Motiv dabei dürfte gewesen sein, technologisches Know-how nach China zu transferieren. Dies könnte zu Wohlstandsverlusten führen. Dass die EU und die Bundesregierung ihre Investitionspolitik verschärfen, ist daher grundsätzlich sinnvoll – die Politik muss aber mit Augenmaß vorgehen.

Bis zum Jahr 2017 war der deutsche Roboterhersteller KUKA wohl nur Branchenexperten ein Begriff. Doch mit der Übernahme durch die chinesische Midea Group kam das Unternehmen in die Schlagzeilen. Spätestens seither diskutieren Politiker und Wirtschaftsfachleute, ob und inwieweit solche Firmenübernahmen Deutschland schaden und wie die Bundesregierung oder die EU darauf reagieren sollten.

Das Engagement chinesischer Unternehmen in Deutschland hat jedenfalls seit der Jahrtausendwende deutlich zugenommen (Grafik):

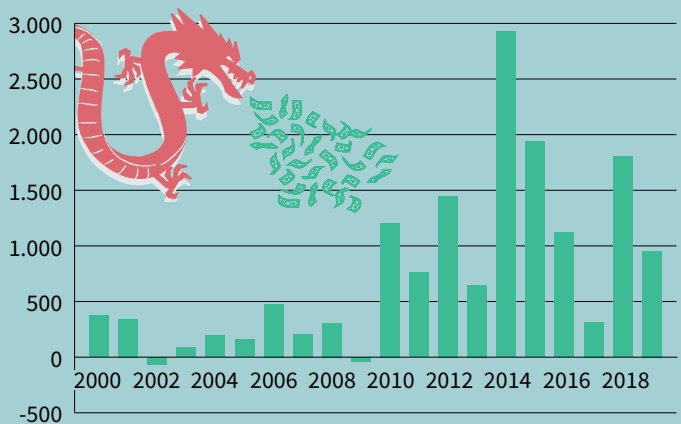
**Von 2000 bis 2009 investierten chinesische Firmen pro Jahr maximal knapp 500 Millionen Euro in Deutschland, in den Jahren danach beliefen sich die jährlichen Direktinvestitionszuflüsse häufig auf mehr als 1 Milliarde Euro.**

Es spricht vieles dafür, dass es bei den Transaktionen auch darum ging, technologisches Know-how nach China zu übertragen. Schließlich hat sich das Reich der Mitte mit der Strategie „Made in China 2025“ (MIC25) explizit zum Ziel gesetzt, in vielen jener Branchen technologisch aufzuholen, in denen Firmen in Deutschland und Europa bislang im Wettbewerb vorn liegen. Die chinesischen Übernahmeaktivitäten passen hierzu:

**Laut einer Studie für die Jahre 2014 bis 2017 fanden fast zwei Drittel der größeren Beteiligungen chinesischer Investoren an deutschen Unternehmen in den zehn Schlüsselbranchen statt, die in der MIC25-Strategie genannt werden.**

## Direktinvestitionen: Chinas Engagement

So viele Millionen Euro an Direktinvestitionen flossen aus China und Hongkong nach Deutschland



Direktinvestitionen: ohne reinvestierte Gewinne  
2019: erstes bis drittes Quartal

Quellen: Deutsche Bundesbank, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2020 IW Medien / iwd

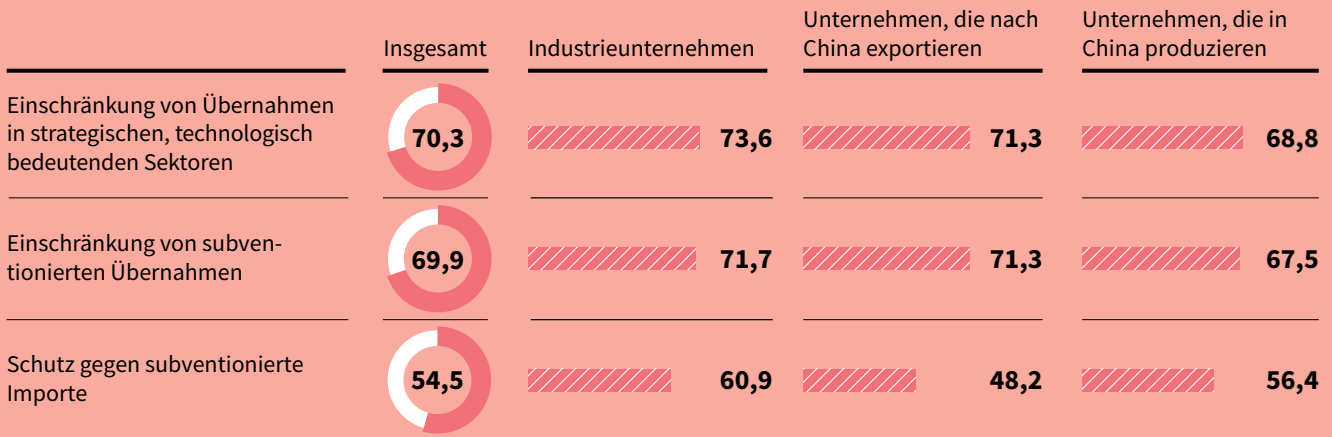
iwd

China hatte vor allem die Autobranche, die Medizintechnik sowie den Bereich computergestützte Maschinen und Robotik im Visier.

Kritikern des chinesischen Engagements in Deutschland werden unter anderem die Vorteile der Kapitalverkehrsfreiheit entgegengehalten. Und generell können Investitionszuflüsse aus dem Ausland im Zielland tatsächlich den Kapitalstock erhöhen und neues Wachs-

## Unternehmen sehen China kritisch

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland befürworten auf diesen Gebieten restriktivere Maßnahmen gegenüber China



Befragung von mehr als 1.100 Unternehmen aus Industrie und industrienahen Dienstleistungen im Rahmen des IW-Zukunftspanels im Herbst 2018

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

tum ermöglichen. Doch chinesische Direktinvestitionen in Europa bestehen nur zu einem sehr geringen Teil aus dem Aufbau neuer Produktionsstätten und bringen kaum neue Technologien.

Geht die chinesische Strategie auf und holt die Volksrepublik den bisherigen technologischen Rückstand in hohem Tempo auf, könnte dies in den Industrieländern – also auch in Deutschland – zu Wohlstandsverlusten führen. Das legen Außenhandelsmodelle nahe. Demnach kommt es in einem Industrieland, das mit einem sich schnell entwickelnden, großen Schwellenland konkurriert, zu Preis- und Absatzeinbußen bei Exporten, Produktionsrückgängen und sinkenden Unternehmensgewinnen. Zwar beruhen solche ökonomischen Modelle auf einer Vielzahl von Annahmen – diese erweisen sich bei näherer Prüfung aber durchaus als realitätsnah.

Die Furcht vor Wohlstandseinbußen hätte weniger Gewicht, wenn China in Sachen Außenhandelspolitik mit den gleichen Karten spielen würde wie die meisten westlichen Länder. Doch unter der Führung von Staatspräsident Xi Jinping hat die Kommunistische Partei Chinas die Kontrolle über Wirtschaft und Gesellschaft weiter verstärkt und setzt mehr denn je auf Staatskapitalismus mit verzerrtem Wettbewerb durch immer größere Staatsfirmen und vielfältige Subventionen.

Vor diesem Hintergrund ist es richtig, dass die EU und Deutschland bei Firmenübernahmen aus Drittstaaten künftig genauer hinsehen. So gilt ab Oktober 2020 in der EU eine neue Verordnung, die auf eine kritischere Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen aus

Drittstaaten setzt – vor allem, wenn diese Investitionen kritische Infrastrukturen wie Wasser, Energie und den Transportsektor betreffen, aber auch für zukunftsweisende Technologien wie beispielsweise Robotik, Nano- und Biotechnologien oder künstliche Intelligenz.

Anknüpfend an die neuen EU-Regeln erleichtert auch die jüngste Reform des Außenwirtschaftsgesetzes in Deutschland die Prüfung ausländischer Investitionen.

Das härtere Vorgehen findet hierzulande auch die Zustimmung vieler Betriebe (Grafik):

**Rund 70 Prozent der im Rahmen des IW-Zukunftspanels befragten Unternehmen befürworten Maßnahmen, die Deutschland besser gegen Übernahmen aus China schützen, wenn diese staatlich subventioniert sind oder auf strategische, technologisch bedeutende Sektoren abzielen.**

Dennoch sollte die Bundesregierung – ebenso wie die EU insgesamt – mit den neuen Kontrollmechanismen sorgsam umgehen, um ausländische Investoren nicht grundsätzlich zu verschrecken. Außerdem braucht es für die neuen Regelungen hinreichend klare Begriffsdefinitionen und Ausführungsbestimmungen, damit künftige Investoren Rechtssicherheit haben und keine übermäßige Bürokratie entsteht.

### IW-Report 34/2020

Jürgen Matthes: Unternehmensübernahmen und Technologietransfer durch China – Gefahrenpotenziale und Gegenmaßnahmen  
[iwkoeln.de/unternehmensuebernahmen](http://iwkoeln.de/unternehmensuebernahmen)

**Interview.** Spätestens zum 100-jährigen Jubiläum 2049 will die Volksrepublik China zur Weltspitze gehören. Dafür plant und denkt die Regierung in Peking groß, zum Beispiel mit dem Einkauf von Know-how durch Firmenübernahmen und Beteiligungen in Deutschland. Eine geschlossene Antwort der EU-Mitgliedsländer wird deswegen immer wichtiger, sagt **Patricia Schetelig**, stellvertretende Abteilungsleiterin im Bereich Internationale Märkte beim Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI).

# „Wir brauchen eine geschlossene europäische Antwort gegenüber China“

**Studien zufolge versuchen chinesische Firmen mit staatlicher Hilfe zunehmend, deutsche Firmen aufzukaufen und so wertvolles technologisches Know-how abzuziehen. Hat die deutsche Industrie überhaupt Mittel, diesen geballten Angriff abzuwehren?**

Wir sollten keine Angst vor China haben und lernen, mit außereuropäischen Einflüssen durch transparente Anforderungen umzugehen. Für die meisten deutschen Unternehmen besteht kein Zwang, schnell zu verkaufen – es sei denn, die Shareholder fordern es. Damit haben Unternehmen meist Zeit, Erfolg versprechende Strategien im Wettbewerb zu entwickeln. Bei Übernahmen in Deutschland kommt es so gut wie nie dazu, dass Unternehmen gekauft werden und der ganze Technologiebereich sofort nach China verschifft wird. Es geht den chinesischen Käufern vielmehr darum, die Technologie und Forschung selbst weiter zu betreiben.

**Das klingt so, als würden Sie den jüngsten Alarmismus in Bezug auf China nicht teilen. Steht bei Ihnen also eher die Partnerschaft zu China im Vordergrund?**

Natürlich sehen wir die Probleme, wenn die Regierung in Peking klar ihre eigenen Strategien verfolgt. Gleichzeitig müssen wir China signalisieren, dass Europa es sowohl als Partner als auch systemischen Wettbewerber betrachtet, aber nicht als Gegner. Zu einer offenen Marktwirtschaft gehört auch, dass ein Investor aus dem Ausland ein deutsches Unternehmen kaufen kann.

**Mit der Industriestrategie „Made in China 2025“ will China in zehn Schlüsseltechnologien zum Weltmarktführer aufsteigen. Wie nötig ist angesichts dieser ehrgeizigen Ziele eine Strategie vonseiten der Bundesregierung oder der EU?**

In bestimmten Bereichen kommen wir gegen den Wettbewerber China mit unseren Instrumenten

nicht mehr an, dennoch sollten die Märkte möglichst offen bleiben. Das ist ein Spagat, der immer schwieriger zu bewerkstelligen ist. Die Politik ist mehr denn je aufgerufen, eine umfassende China-Strategie zu entwickeln. Das haben wir bereits im vergangenen Jahr in unserem Grundsatzpapier von der Bundesregierung gefordert. Sie befasst sich längst mit den Rahmenbedingungen, um sich gegenüber Peking einheitlicher aufzustellen und an bestimmten Stellen nachzjustieren. Das ist richtig, weil China sich unseren handelspolitischen Prinzipien sonst nicht annähern wird.

Europa sollte für den Fall gewappnet sein, dass die beiden Systeme aufeinandertreffen. Immer deutlicher wird, dass die EU ein effektives Schnittstellenmanagement braucht, das die Systemunterschiede berücksichtigt und einen fairen Wettbewerb sicherstellt. Das von der EU-Kommission im Juni 2020 auf den Weg gebrachte Weiß-

buch ist ein erster wichtiger Schritt, um Investitionen mithilfe von staatlichen Subventionen auch aus China zu beschränken.

**In welchen Branchen sehen Sie die größten Konkurrenzkämpfe mit China?**

Vom Konkurrenzkampf mit China betroffen sind vor allem Zukunftstechnologien und der digitale Markt.

Traditionell schließt das auch den Maschinen- und Anlagenbau ein. Trotz unseres derzeitigen Wissensvorsprungs blickt die Branche besorgt in die Zukunft. Auch im Wettbewerb um künstliche Intelligenz und B2C hat China Europa teilweise schon überholt.

**In der Öffentlichkeit konnte man bisher den Eindruck bekommen, die deutsche Industrie würde sich vor den wettbewerbsverzerrenden Praktiken Chinas wegducken, um ja nicht mit Kritik die Absatzchancen auf dem chinesischen Markt zu gefährden. Was sagen Sie zu solchen Vorwürfen?**

Der BDI hat bereits im Januar 2019 in seinem Grundsatzpapier kritische Punkte klar formuliert. Allerdings betreibt die deutsche Wirtschaft mit vielen Ländern Handel, für die unsere Prinzipien und europäischen Regeln nicht gelten. Auch in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Arbeitsstandards müssen sich Unternehmen in Zukunft noch stärker den politischen Rahmenbedingungen im Ausland stellen, in denen sie agieren. Zuletzt deutlich geworden ist das durch das sehr drastische Eingreifen der Peking-Führung in Hongkong.

**Ein großes Prestigeprojekt, mit dem China zur Weltmacht aufsteigen will, ist auch die Neue Seidenstraße. Was halten Sie von diesem Vorhaben?**

Problematisch ist die Intransparenz, mit der China Kredite vergeben



Foto: BDI

und Einzelprojekte aufgesetzt hat. Deutsche Unternehmen hat das vor die schwierige Frage gestellt, ob sie sich bewerben oder ein Gebot abgeben. Von der chinesischen Regierung wurden die Bedingungen nicht klar formuliert. Offenbar lag es nicht in ihrem Interesse, einen wirklich offenen Bieterprozess zu gewährleisten.

Uns treibt auch die Tatsache um, dass China damit politische Abhängigkeiten schafft. Durch chinesische Kredite werden Nehmerländer tief in der Kreide stehen. Wo das hinführen kann, sieht man am Hafen Sri Lankas. Als das Land seine Kredite nicht mehr bedienen konnte, hat China zugeschlagen.

Zu befürchten ist auch, dass China in Organisationen, wie den Vereinten Nationen, aufgrund der geschaffenen Abhängigkeiten Abstimmungen unterläuft. Das bereitet uns Sorgen.

**Strahlen diese politischen Abhängigkeiten nicht auch schon bis nach Europa aus?**

Ja. Manche EU-Länder, in denen China investiert, werden sich wahrscheinlich mit kritischen Positionen zurückhalten oder sogar China-kritische Entscheidungen blockieren. Deswegen ist es umso wichtiger, in der EU eine gemeinsame Position gegenüber China einzunehmen – durch europäische Einigkeit, mehr Investitionen in die eigene Wettbewerbsfähigkeit und durch Schutz vor Marktverzerrungen. Ein Fortschritt in den Verhandlungen zu einem EU-China-Investitionsabkommen wäre ein erster wichtiger Baustein. Ziel der deutschen Ratspräsidentschaft sollte sein, eine geschlossene Antwort aller Mitgliedsstaaten zu erwirken, die mehr ist als nur der kleinste gemeinsame Nenner. Das wird mit Blick auf die derzeitige Interessenlage eine große Herausforderung.

# Ist China bald wichtigster Kunde?

**Außenhandel.** Deutschlands wichtigster Exportmarkt, die USA, könnte aufgrund der Corona-Pandemie in diesem Jahr von China abgelöst werden. Denn in der Volksrepublik wächst die Wirtschaft bereits seit April 2020 wieder.

Keine Frage: Wegen der Corona-Pandemie haben sich die deutschen Ausfuhren in den vergangenen Monaten in die meisten Länder reduziert. Allerdings fallen die Rückgänge je nach Zielland ziemlich unterschiedlich aus (Grafik):

**Besonders stark brach der Export in das Vereinigte Königreich ein – dorthin exportierten deutsche Unternehmen von Januar bis Mai 2020 fast 25 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum.**

Relativ wenig beeinträchtigt wurde bislang der Handel mit Polen: Die deutschen Ausfuhren dorthin gingen um knapp 7 Prozent zurück. Richtung

Schweiz änderte sich sogar fast nichts, der Warenwert der Exporte reduzierte sich in den ersten fünf Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vorjahreszeitraum nur um 0,3 Prozent.

Die Ausfuhren in die vom Coronavirus heftig gebeutelten USA – im Jahr 2019 Deutschlands wichtigster Absatzmarkt mit Warenexporten von knapp 119 Milliarden Euro – brachen zuletzt um fast 16 Prozent ein. Bei den Light Vehicles – Pkws und Nutzfahrzeuge unter 3,5 Tonnen –, die zu den wichtigsten Exportgütern für den US-Markt zählen, betrug das Minus im April 2020 fast 90 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat.

In China dagegen, wo die Zahl der Corona-Neuinfektionen schon seit geraumer Zeit auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau liegt, konnte sich die Wirtschaft bereits etwas erholen: Nach einem Einbruch von 6,8 Prozent im ersten Quartal 2020 wuchs das Bruttoinlandsprodukt dort im zweiten Quartal 2020 gegenüber dem Vorquartal wieder um 3,2 Prozent.

Diese schnelle Rückkehr zum Wachstumspfad ist einer der Gründe dafür, warum die deutschen Exporte Richtung Volksrepublik in den ersten fünf Monaten des Jahres 2020 lediglich um rund 10 Prozent zurückgingen.

Wenn man davon ausgeht, dass sich das deutsche Exportgeschäft bis zum Ende des laufenden Jahres weiter erholt, dann könnte es in der Folge zu einer Verschiebung der Top 3 der deutschen Exportländer kommen:

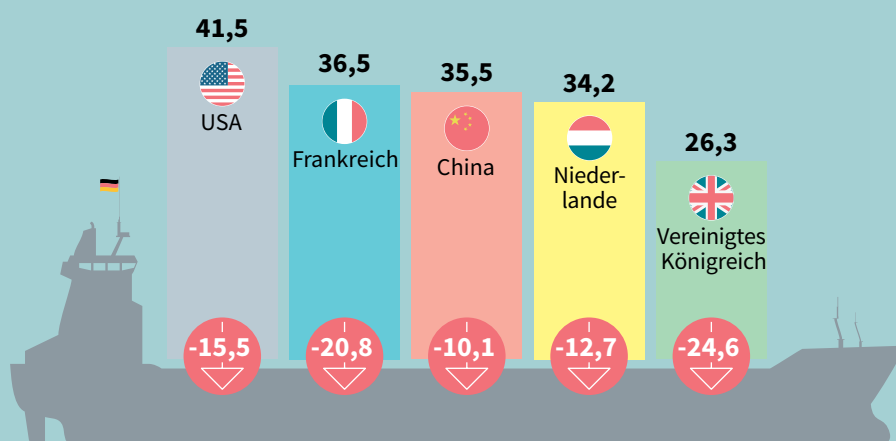
**Die USA könnten 2020 von China als größtem Abnehmer deutscher Waren abgelöst werden.**

Diese Entwicklung war zwar schon seit mehreren Jahrzehnten abzusehen, doch die Corona-Krise hat sie noch einmal deutlich beschleunigt.

## Deutsche Exporte: China fast an der Spitze

So viele Milliarden Euro setzte Deutschland von Januar bis Mai 2020 in den fünf wichtigsten Exportländern des Jahres 2019 um

■ Veränderung in Prozent gegenüber Vorjahreszeitraum



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

**IW-Kurzbericht 84/2020**

Galina Kolev: China steuert auf Exportzielland Nummer eins zu

[iwkoeln.de/exportziellaender](http://iwkoeln.de/exportziellaender)

# In Schockstarre

**Verbrauchervertrauen.** Die Corona-Krise hat das Vertrauen der Verbraucher in Deutschland in den Keller rutschen lassen. Vor allem die deutlich schlechteren Beschäftigungsperspektiven verunsichern die Menschen.

Mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie ist die Stimmung der Konsumenten in Deutschland drastisch gesunken, das geht aus dem aktuellen TCB-IW-Verbrauchervertrauen hervor – einem Index, den das Institut der deutschen Wirtschaft in Zusammenarbeit mit dem Forschungsnetzwerk The Conference Board vierteljährlich veröffentlicht.

**Während der Index im ersten Quartal 2020 auf einer Skala von 0 bis 200 noch bei 101,5 Punkten lag, sackte er im zweiten Quartal auf 86,8 Punkte ab.**

Der Einbruch des Konsumklimas in Deutschland ist kein Sonderfall.

Auch im Rest von Europa und in anderen Teilen der Welt sieht es ähnlich aus. In Deutschland wirken sich vor allem die Sorgen um den eigenen Job negativ aus (Grafik):

**Der Saldo zwischen positiven und negativen Einschätzungen der eigenen Beschäftigungsaussichten lag im ersten Quartal 2020 noch bei 16 Prozentpunkten, fiel im zweiten Quartal aber auf minus 42 Prozentpunkte.**

Vergleichsweise positiv bewerten die Bundesbürger die eigene Finanzlage. Trotz eines leichten Abwärtstrends ist der Anteil derjenigen Bundesbürger, die mit ihrer finanziel-

len Situation zufrieden sind, noch immer rund 10 Prozentpunkte höher als der Anteil der Unzufriedenen. Die Einkommensverluste scheinen sich also durch Kurzarbeit und Unterstützungsleistungen des Staates in Grenzen zu halten.

Aufgrund der insgesamt unsicheren Wirtschaftslage und der Sorge um den Arbeitsplatz sehen aber nur noch 40 Prozent der befragten Konsumenten derzeit einen guten Zeitpunkt für Anschaffungen. Das könnte dazu führen, dass vor allem der Kauf von langlebigen Gebrauchsgütern wie Autos oder Möbeln erst mal verschoben wird.

Mit ihrem Konjunkturprogramm hat die Bundesregierung versucht, den Konsum wieder anzukurbeln, unter anderem durch eine zeitlich begrenzte Senkung der Mehrwertsteuer.

Entscheidend für das künftige Verbrauchervertrauen wird aber die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sein. Positive Signale können die Bürger dazu bewegen, ihre Zurückhaltung beim Konsum abzulegen. Die Regierung und die Tarifpartner müssen daher einen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit unbedingt verhindern.

## Beschäftigungsperspektiven brechen ein

So bewerten die Verbraucher in Deutschland diese Aspekte; Saldo aus positiven und negativen Wertungen in Prozentpunkten

		Beschäftigungsperspektiven	Finanzlage	Kaufgelegenheit
2018	1. Quartal	40	28	11
	2. Quartal	42	22	10
	3. Quartal	38	19	4
	4. Quartal	35	20	7
2019	1. Quartal	36	16	6
	2. Quartal	33	16	7
	3. Quartal	28	20	13
	4. Quartal	20	18	2
2020	1. Quartal	16	13	5
	2. Quartal	-42	10	-15

Kaufgelegenheit: Bewertung, ob es derzeit eine gute Zeit für die Anschaffung von Waren und Dienstleistungen ist

Quellen: The Conference Board, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2020 IW Medien / iwd

# Kurzarbeit sichert Beschäftigung

**Metall- und Elektro-Industrie.** Die M+E-Unternehmen in Deutschland kommen aus dem Rezessionsjahr 2019 und werden durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie in einen noch erheblich tieferen Abschwung gezwungen. Dabei waren und sind sie durch weltwirtschaftliche Faktoren und die Kombination aus Rezession und Strukturwandel ohnehin tief verunsichert.

Am deutlichsten zeigen sich die Krisenfolgen der Corona-Pandemie im Rückgang wichtiger konjunktureller Indikatoren wie Auftragseingang und Produktion. Beide sind im Vergleich zu den noch positiven Daten von Januar/Februar 2020 bis April um jeweils rund 40 Prozent eingebrochen. Wichtigster Grund dafür ist die fehlende Nachfrage, wie eine Befragung des ifo Instituts München im Juli zeigt:

**Rund 56 Prozent der M+E-Unternehmen geben fehlende Aufträge als Grund für Produktionsbehinderungen an, aber nur noch knapp 10 Prozent Materialknappheit und 7 Prozent fehlende Fachkräfte.**

Immerhin: Der Anstieg von Auftragseingang und Produktion im Mai 2020 nährt die Hoffnung auf eine Besserung der Lage im zweiten Halbjahr. Die gestiegene Kapazitätsauslastung im Juli (plus 7 Prozentpunkte gegenüber April) und ein positiveres Wirtschaftsklima unterstreichen diese Entwicklung: Der ifo Geschäftsklimaindex für die M+E-Industrie hat sich von 78,8 Punkten im Juni 2020 auf 84,7 Punkte im Juli weiter verbessert. Im April war der Index regelrecht abgestürzt – auf 68,8 Punkte.

In dieser historisch schwierigen Lage haben die Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie bislang

ihre Arbeitsplätze so weit wie möglich gesichert (Grafik):

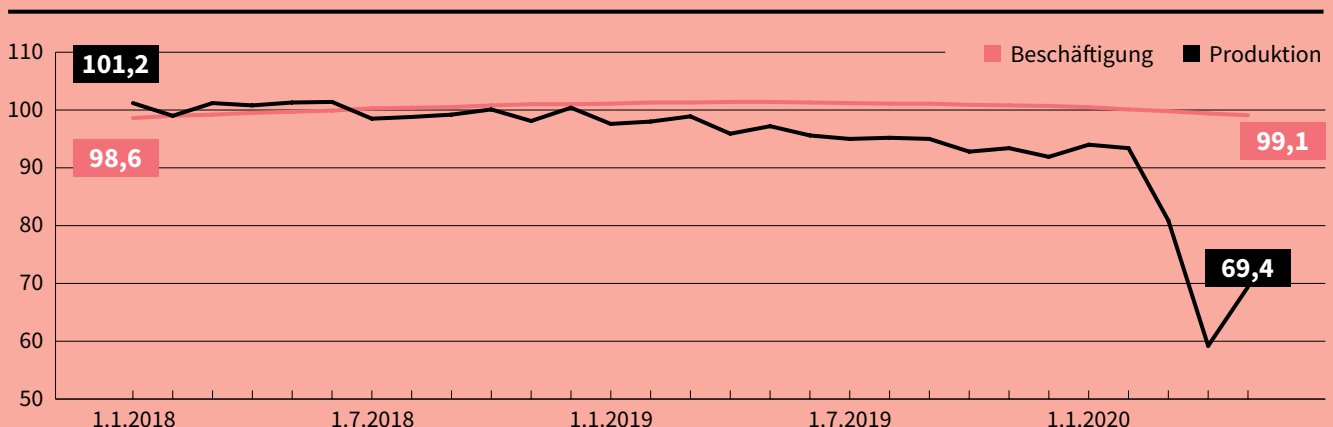
**Obwohl die Produktion bis Mai 2020 um mehr als 30 Prozent gegenüber dem Wert von 2018 eingebrochen ist, gab es bei der M+E-Beschäftigung nur ein Minus von weniger als 1 Prozent.**

Das liegt vor allem an der hohen Zahl der Kurzarbeiter. Nach vorläufigen Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit befanden sich in der M+E-Industrie im April 2020 etwa 1,3 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit (Grafik Seite 9).

Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall hatte in einer ersten Blitzumfrage Anfang April dieses Jahres

## M+E-Industrie: Beschäftigung bleibt trotz Krise weitgehend stabil

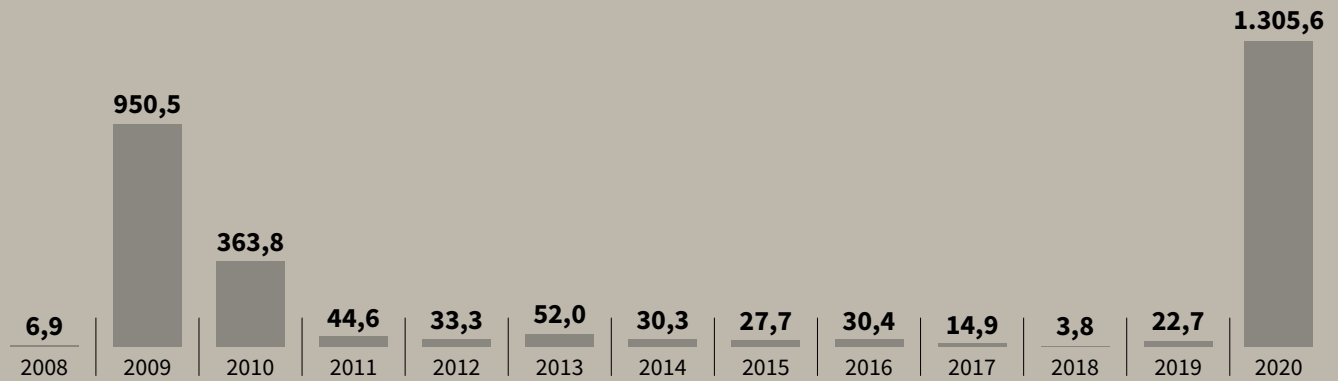
Entwicklung von Beschäftigung und Produktion in der Metall- und Elektro-Industrie, 2018 = 100





## M+E-Industrie: Mehr Kurzarbeiter als in der Finanzkrise

So viele Beschäftigte der Metall- und Elektro-Industrie waren im April des jeweiligen Jahres in Kurzarbeit, in 1.000



2020: Hochrechnung

Quelle: Bundesagentur für Arbeit  
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

herausgefunden, dass zu diesem Zeitpunkt bereits ungefähr 1,2 Millionen M+E-Beschäftigte in Kurzarbeit waren.

Für den Monat Mai hat die Bundesagentur für Arbeit Hochrechnungen für die Zahl der Kurzarbeiter insgesamt vorgelegt – aber noch nicht für einzelne Branchen. Demnach könnte die Kurzarbeit im Mai noch einmal um etwa 10 Prozent höher gewesen sein als im April. Für die M+E-Industrie würde das eine Zahl von bis zu 1,5 Millionen Kurzarbeitern im Mai 2020 bedeuten.

**Für 55,7 Prozent der M+E-Unternehmen mit eingeschränkter Produktion ist der Auftragsmangel das größte Hindernis**

Die Anzeigen zur Kurzarbeit hatten im April mit rund 1,7 Millionen in der M+E-Industrie einen Höchststand erreicht. Seitdem gehen sie Monat für Monat wieder zurück: Im

Juli haben die M+E-Unternehmen noch für 71.000 Beschäftigte Kurzarbeit angezeigt, nach 120.000 im Juni.

Allerdings: Da die einmal angezeigten Beschäftigten über mehrere Monate in Kurzarbeit sein können, kann daraus nicht unmittelbar auf einen Rückgang der Kurzarbeit ab Jahresmitte geschlossen werden. Es bedeutet aber doch, dass nicht mehr so viele zusätzliche Personen vor der Kurzarbeit stehen.

Die unmittelbaren Auswirkungen der Corona-Krise auf die Beschäftigung in der M+E-Industrie waren bislang vergleichsweise moderat: Von März bis Mai sind etwa 40.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Allerdings hat schon die schwere Rezession des Jahres 2019 die Beschäftigung verringert:

**Im Mai 2019 mussten die M+E-Unternehmen zum ersten Mal seit neun Jahren die Zahl der Mitarbeiter reduzieren.**

Im Aufschwung nach der Krise 2008/09 hatte die Branche 621.000 Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen und dadurch die Verluste in der Krise mehr als wettgemacht. Seit Mai 2019 ist dieser positive Trend allerdings gebrochen: Bis Mai 2020 mussten die

M+E-Unternehmen insgesamt rund 94.000 Arbeitsplätze abbauen und zählten saisonbereinigt 2,3 Prozent Mitarbeiter weniger als im Vorjahresmonat. Die aktuellen Beschäftigungspläne lassen zunächst auch noch keine Besserung erwarten.

Der Konjunkturreinbruch durch die Corona-Krise zeigt sich inzwischen auch sehr deutlich auf dem Arbeitsmarkt: Die Bundesagentur für Arbeit zählte im Juli saisonbereinigt 183.200 Arbeitslose in den M+E-Berufen, rund 59.800 mehr als im Vorjahresmonat. Gleichzeitig waren knapp 102.700 ungeforderte offene Stellen gemeldet, ein Rückgang um 56.000 gegenüber dem Vorjahresmonat.

Die Rezession 2019 und die Corona-Pandemie haben den jahrelang erfolgreichen Weg der M+E-Industrie unterbrochen. Hinzu kommen die Herausforderungen des Strukturwandels, die mit dem Abbau von Arbeitsplätzen in betroffenen Bereichen und dem Aufbau von Jobs in neu entstehenden Produktionen einhergehen.

Das gelingt aber nur, wenn auf dem Arbeitsmarkt die notwendige Flexibilität für den Wechsel in der Beschäftigung gesichert ist.

# Löhne im Zeichen von Corona

**Tarifpolitik.** Die Tarifverhandlungen im ersten Halbjahr 2020 liefen nicht so wie gewöhnlich. Durch die Corona-Krise mussten Gewerkschaften und Arbeitgeber kurzfristig umdenken und ihre Ziele neu definieren. In der Metall- und Elektro-Industrie haben sich die Sozialpartner schnell geeinigt und damit eine Blaupause für andere Branchen geschaffen.

Eigentlich sollte 2020 verglichen mit den Vorjahren ein eher kleines Tarifjahr mit wenigen Verhandlungen werden. Eigentlich.

Doch die Corona-Krise hat dazu geführt, dass nicht nur planmäßige Tarifverhandlungen im ersten Halbjahr stattfanden – darunter in der Metall- und Elektro-Industrie und im Baugewerbe –, sondern auch in vielen weiteren Branchen Gespräche geführt wurden. Eines hatten die Verhandlungen branchenübergreifend gemeinsam: Es ging sowohl für die Gewerkschaften als auch für die Arbeitgeber darum, mit gezielten Maßnahmen möglichst gut durch die Krise zu kommen und Arbeitsplätze zu sichern.

In der Metall- und Elektro-Industrie hatte die IG Metall bereits Ende Januar 2020 – also noch vor der Corona-Pandemie – angekündigt, in der Tarifrunde auf eine konkrete Lohnforderung zu verzichten, wenn die Arbeitgeber im Gegenzug Personalabbau, Standortschließungen, Ausgliederungen oder Verlagerungen ausschließen. Die Gewerkschaft forderte, Beschäftigung und Unternehmensstandorte durch Investitionen und Qualifizierung zu sichern und Perspektiven zu entwickeln. Die Arbeitgeber griffen das Gesprächsangebot auf.

Nach drei Sondierungsrunden im Februar wurden die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie aber offensichtlich. Die Tarifparteien reagierten schnell und einigten sich am 19. März auf einen Pilotabschluss in NRW, der auch in anderen Tarifgebieten weitgehend übernommen wurde (Grafik Seite 11):

**Die Entgelte bleiben in der M+E-Industrie bis Ende 2020 unverändert. Um mittels Kurzarbeit Entlassungen zu vermeiden, wurden gleichzeitig der Tarifvertrag Zukunft in Arbeit (TV ZiA) reaktiviert und ein Solidaritarifvertrag abgeschlossen.**

Er sieht Erleichterungen bei der Kurzarbeit vor, indem die Remanenzkosten durch Umlage der tariflichen Sonderzahlungen gesenkt werden können, wenn dafür Beschäftigungssicherung gewährt wird. Darüber hinaus kann nach mindestens sechs Monaten Kurzarbeit auf dieser Basis eine Art Kurzarbeit auf tarifrechtlicher Basis für weitere zwölf Monate – mit Teilentgeltausgleich statt Kurzarbeitergeld – vereinbart werden.

Die M+E-Industrie diente mit ihrem Abschluss als Vorbild. Auch in anderen Branchen wurde die Kurzarbeit zum zentralen Thema – selbst in denen, die keine regulären Tarifver-

## Konjunktur in Deutschland: Historischer Einbruch

Veränderung in Prozent

	Mai 2020 gegenüber Februar 2020
Auftragseingänge Industrie	-30,8
Industrieproduktion	-22,5
Warenexporte	-26,8
Umsatz gewerbliche Wirtschaft	-9,6
	Zweites Quartal 2020 gegenüber Vorquartal
Bruttoinlandsprodukt	-10,1

Umsatz: Juni 2020 gegenüber Februar 2020

Quelle: Statistisches Bundesamt  
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

handlungen in diesem Jahr hatten, wie etwa die Chemische Industrie. Hier wurden neben Regelungen zur Kurzarbeit auch Vereinfachungen für das mobile Arbeiten beschlossen.

Dass viele Branchen kurzfristig auf die Pandemie reagiert haben, war ein richtiger und wichtiger Schritt, wie ein Blick auf die aktuellen Wirtschaftsdaten zeigt (Grafik):

**Im zweiten Quartal 2020 sank das Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum ersten Quartal um mehr als 10 Prozent.**

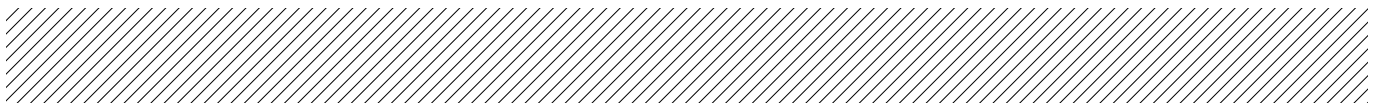
Auftragseingänge und Produktion in der Industrie sowie die Warenexporte fielen noch stärker.

Zwar scheint sich die Wirtschaft allmählich zu erholen, doch die Auswirkungen der Corona-Pandemie

in Form von Kurzarbeit und Umsatzeinbußen werden die Tarifverhandlungen auch in naher Zukunft beeinflussen. Dabei wird das Thema Beschäftigungssicherung weiter im Mittelpunkt stehen.

Langfristig drohen indes neue Verteilungskonflikte. Je mehr die Corona-Krise überwunden wird, desto eher werden die Tarifparteien

in den einzelnen Branchen darüber diskutieren, wie die mit der Krise zusammenhängenden Lasten – Lohnverzicht auf Arbeitnehmerseite, Umsatzverluste auf Unternehmensseite – von beiden Parteien zu schultern sind. Die Stunde der Sozialpartnerschaft schlägt deshalb nicht nur in der Krise, sondern auch danach.



**Tarifverhandlungen: Corona wirbelt alles durcheinander**

<b>Branche</b>
Metall- und Elektro-Industrie
<b>Gewerkschaft</b>
IG Metall

**Forderung**  
 „Moratorium für einen fairen Wandel“: Verzicht auf Kündigungen, Produktionsverlagerungen, Werksschließungen; Stärkung der Kaufkraft der Beschäftigten

**Abschluss / Stand der Verhandlungen**

Keine Tabellenerhöhung; einmalig 350 Euro pro „Vollzeitäquivalent“, zur Minderung sozialer Härten, betriebliche Zuschüsse anrechenbar, differenzierbar, ggf. Auszahlung mit betrieblicher Sonderzahlung; fünf bezahlte freie Tage bei Betreuungsproblemen für Kinder bis zur Vollendung des zwölften Lebensjahres – nachrangig zu staatlich und arbeitnehmerfinanzierten Freistellungsmöglichkeiten; Erweiterung der Freistellungstage auf Eltern mit Kindern bis zur Vollendung des zwölften Lebensjahres; kollektive Anordnungsmöglichkeit der Freistellungstage per freiwilliger Betriebsvereinbarung (acht bzw. sechs Tage). TV ZiA aus 2010 neu: u. a. Möglichkeit der Zwölfteilung der tariflichen Sonderzahlungen ab dem ersten Tag der Kurzarbeit durch freiwillige Betriebsvereinbarung

<b>Branche</b>
Lufthansa (Kabine)
<b>Gewerkschaft</b>
UFO

**Abschluss / Stand der Verhandlungen**

Nach gescheiterten Verhandlungen, Urabstimmung und Streik: Schlichtung, Mediation und außergerichtliches Güteverfahren; Teillösung im Rahmen des zweiten „Tarifpartnergipfels“

<b>Branche</b>
Druckindustrie
<b>Gewerkschaft</b>
ver.di

**Forderung**  
 Reform des Manteltarifvertrags; ver.di: Allgemeinverbindlichkeit ausgewählter Tarifregelungen; Arbeitgeberbeitrag zur Altersvorsorge in Höhe von 100 Euro monatlich; individuelle Arbeitszeitverkürzung mit Teillohnausgleich; Tarifvertrag zur Altersteilzeit; Altersfreischichten; bvdm: Öffnungsklauseln für längere (zuschlagfreie) Wochenarbeitszeit; Absenkung der Sonderzahlungen

**Abschluss / Stand der Verhandlungen**

Verlängerung des Manteltarifvertrags um ein Jahr bis 30.04.2022; Wiederaufnahme der Verhandlungen im September 2020

**Forderung**  
 Kündigung des Manteltarifvertrags, des Vergütungstarifvertrags und des Tarifvertrags Saisonalitätstabelle Kabine durch UFO; 5 Prozent mehr Lohn (für 24 Monate); Erhöhung der Zulagen und Zuschläge

<b>Branche</b>
Deutsche Telekom
<b>Gewerkschaft</b>
ver.di

<b>Branche</b>
Öffentlicher Dienst (Sozial- und Erziehungsdienst)
<b>Gewerkschaft</b>
Tarifgemeinschaft aus ver.di, GEW und Beamtenbund

**Forderung**  
 Verbesserung der Eingruppierungsmerkmale; Anpassung der Stufenlaufzeiten; Verbesserung der Bewertung der Leitungstätigkeit; Anerkennung der Berufserfahrung; Rechtsanspruch auf Qualifikation

**Abschluss / Stand der Verhandlungen**

Nach einer Verhandlungsrunde im März 2020 wurde die Verhandlungsrunde pandemiebedingt auf unbestimmte Zeit ausgesetzt

**Forderung**  
 Gerechte und wertschätzende Teilhabe der Beschäftigten an den guten Konzernergebnissen mit einer sozialen Komponente

<b>Abschluss / Stand der Verhandlungen</b>
01.07.2020: 2,6/2,8/3,0 Prozent (je nach Entgeltgruppe); 01.07.2021: 2,0 Prozent; Laufzeit: 24 Monate; Verlängerung Kündigungsschutz bis Ende 2023

Branchenauswahl

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
 © 2020 IW Medien / iwd

# Stillstand im Bildungssystem

**Bildungsmonitor.** Wie gut die Bildungssysteme der einzelnen Bundesländer aufgestellt sind, untersucht das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) seit 17 Jahren. Viele Jahre verbesserten sich die Bedingungen in Kitas, Schulen und Hochschulen, doch nun gibt es im dritten Jahr hintereinander kaum noch Fortschritte. Verschärft wird die Lage zusätzlich durch die Corona-Krise.

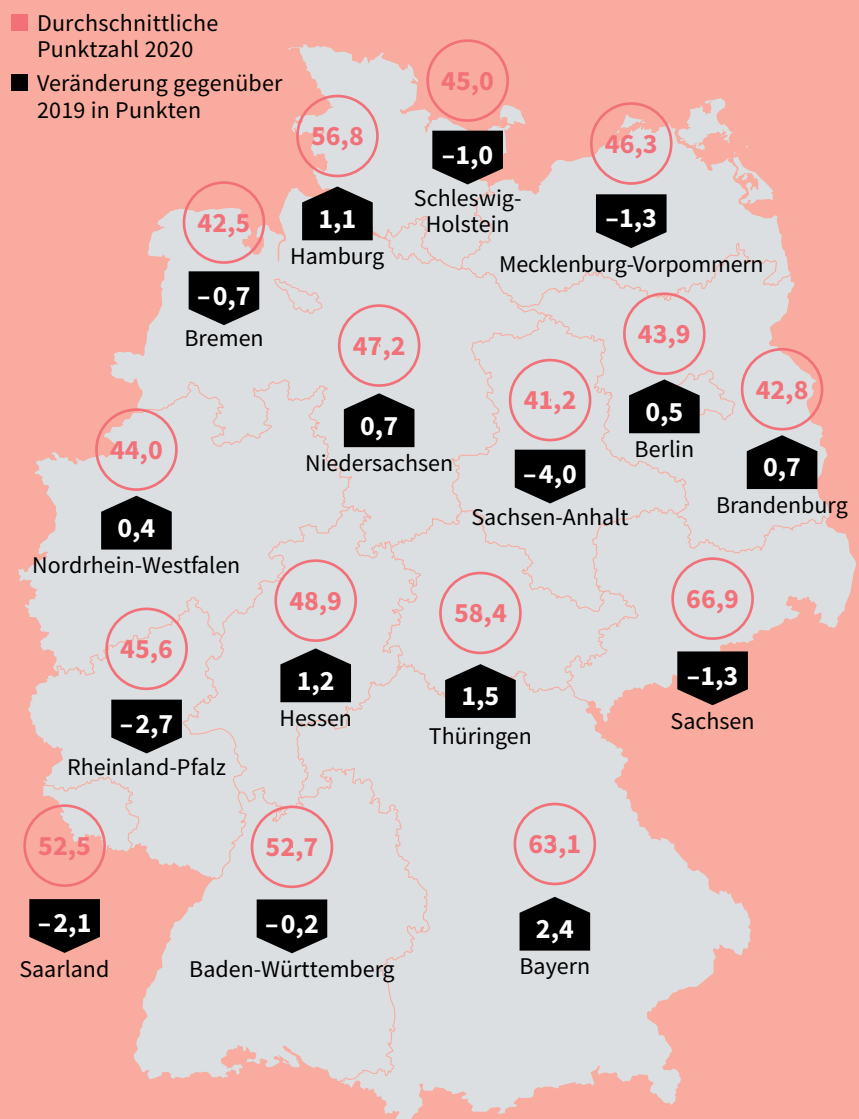
Wie viel Geld gibt ein Bundesland pro Schüler aus, wie groß sind die Klassen und wie viele Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss? Dies und mehr bemisst der Bildungsmonitor, den das IW regelmäßig veröffentlicht. Die Gewinner und Verlierer im Jahr 2020 (Grafik):

**Sachsen steht mit 66,9 von 100 Punkten an der Spitze und belegt damit zum 15. Mal Platz eins.**

Das zweitplatzierte Bayern hat sich 2020 im Vergleich zum Vorjahr mit einem Plus von 2,4 Punkten am deutlichsten verbessert. Mit etwas Abstand folgen Thüringen, Hamburg, Baden-Württemberg und das Saarland. Schlusslicht ist Sachsen-Anhalt. Das ostdeutsche Bundesland verschlechtert sich mit einem Minus von 4 Punkten am meisten. Damit sind die Unterschiede in den Bildungssystemen der Bundesländer groß:

## Bildungsmonitor: Das Ranking 2020

Der Bildungsmonitor untersucht die Bildungssysteme der Bundesländer anhand von 93 Einzelindikatoren in zwölf Handlungsfeldern. Das Land, welches im Jahr 2013 bei einem Indikator den schlechtesten Wert erzielte, bekam 0 Punkte und das Land mit dem besten Ergebnis 100 Punkte. Seither werden die Punkte basierend auf diesen Ausgangswerten fortgeschrieben.



**Zwischen dem Ergebnis von Sachsen und jenem von Sachsen-Anhalt liegt eine Spannweite von fast 26 Punkten.**

Unterm Strich stagnieren die Ergebnisse seit einigen Jahren: Von 2014 bis 2020 haben sich die Bundesländer nur um jahresdurchschnittlich 0,1 Punkte verbessert – von 2010 bis 2013 waren es noch 2,6 Punkte.

Diese gegensätzlichen Entwicklungen werden auch deutlich, wenn man die Ergebnisse der einzelnen Handlungsfelder von 2020 mit denen von 2013 vergleicht – damals wurde erstmals die aktuelle Methodik und Indikatorenauswahl verwendet (Grafik):

**Im Handlungsfeld Internationalisierung haben die Bundesländer die größten Fortschritte gemacht, am stärksten verschlechtert haben sie sich dagegen bei der Schulqualität.**

Dass sich die Internationalisierung der Schulen mit einem Plus von 18,6 Punkten derart intensiviert hat, liegt an den verbesserten Englischkenntnissen der Schüler und dem gestiegenen Anteil ausländischer Studenten. Auch die Förderinfrastruktur (plus 16,8 Punkte) hat unter anderem durch mehr Ganztagsplätze an Grundschulen stark gewonnen und die Betreuungsbedingungen (plus 13,8 Punkte) sind durch den Ausbau der Betreuungszeiten in frühkindlichen Bildungseinrichtungen im bundesweiten Durchschnitt besser geworden.

Allerdings gibt es auch große Problemfelder im Bildungssystem. Dass die Bundesländer seit 2013 die größten Einbußen (minus 18 Punkte) bei der Schulqualität haben, liegt vor allem an dem schlechten Abschneiden der Schüler in Bildungstests. Auch der Trend in Sachen Integration (minus 15,7 Punkte) und Bildungsarmut (minus 3,9 Punkte) ist unbefriedigend.

Die Corona-Pandemie könnte nun dazu führen, dass sich diese Probleme weiter verschärfen. Denn durch die Schulschließungen bleiben vor allem Kinder aus bildungsfernen Familien, von Alleinerziehenden oder aus Familien mit Migrationshintergrund auf der Strecke. Ihnen fehlt es zu Hause oft an einem eigenen Computer, ruhigen Arbeitsplätzen und Unterstützung durch die Eltern. Mit einem guten Fernunterricht könnten all diese Mängel zwar abgemildert werden. Allerdings

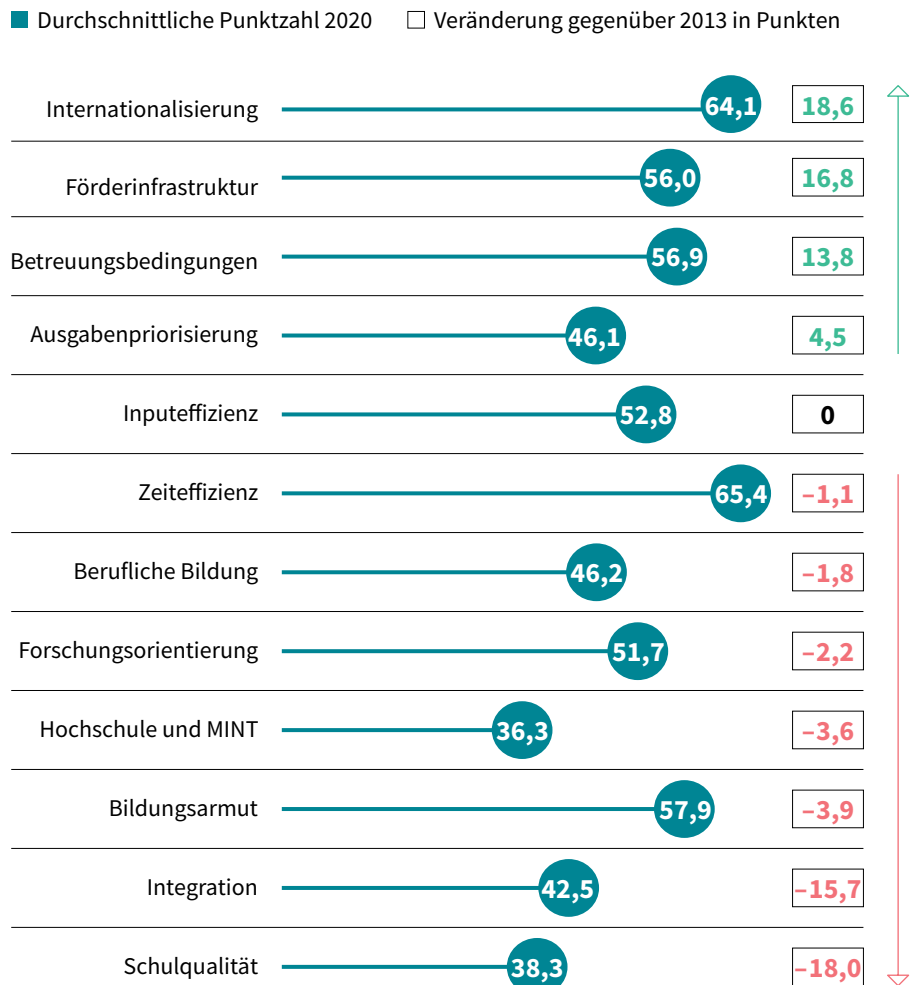
hapert es noch immer an der technischen Ausstattung der Lehrer und Schulen sowie an geeigneten Unterrichtsstrategien, um einen guten digitalen Schulunterricht zu gestalten.

**IW-Gutachten**

Christina Anger, Axel Plünnecke:  
INSM-Bildungsmonitor 2020 – Schulische Bildung in Zeiten der Corona-Krise  
[iwkoeln.de/bildungsmonitor2020](http://iwkoeln.de/bildungsmonitor2020)

**Bildungsmonitor 2020: Tops und Flops**

Der Bildungsmonitor untersucht die Bildungssysteme der Bundesländer anhand von 93 Einzelindikatoren in zwölf Handlungsfeldern. Das Land, welches im Jahr 2013 bei einem Indikator den schlechtesten Wert erzielte, bekam 0 Punkte und das Land mit dem besten Ergebnis 100 Punkte. Seither werden die Punkte basierend auf diesen Ausgangswerten fortgeschrieben.



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2020 IW Medien / iwd

# Das neue alte Homeoffice

**Bürobeschäftigung.** Der Lockdown bedeutete für viele Erwerbstätige, dass sie ihren Job erstmals von zu Hause aus erledigen mussten. Eine neue IW-Studie zeigt allerdings, dass das Homeoffice schon vor Corona-Zeiten gang und gäbe war. Allerdings gab es regional sehr große Unterschiede.

Als die Ausbreitung von Covid-19 Deutschland im März in den Lockdown zwang, waren viele überrascht, wie reibungslos der Wechsel ins Homeoffice funktionierte. Betrachtet man jedoch die Daten der Erwerbstätigenbefragung des Bundesinstituts für Berufsbildung und der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, dann ist die Überraschung nicht mehr ganz so groß.

Diese Befragungen fanden zwar 2006, 2012 und 2018 statt, also weit

vor der Corona-Krise. Doch die Ergebnisse zeigen, dass das Arbeiten von zu Hause aus in Deutschland bei Weitem nicht so neu ist, wie es derzeit oft den Anschein hat (Grafik):

**Fast jeder zweite Bürobeschäftigte – knapp 46 Prozent – arbeitet in den Jahren 2017 und 2018 zumindest gelegentlich von zu Hause. Das waren fast 9 Prozentpunkte mehr als noch 2006.**

Und die Zahl derer, die theoretisch von zu Hause aus arbeiten

können, war schon vor Corona noch viel größer. Denn nur etwas mehr als 15 Prozent der befragten Bürobeschäftigten gaben an, dass sie ihre Arbeit nicht aus dem Homeoffice erledigen können. Das bedeutet im Umkehrschluss:

**Rund 85 Prozent aller Büroangestellten können potenziell von zu Hause aus arbeiten. Bei etwa 14,8 Millionen Bürobeschäftigten ist das eine gewaltige Zahl.**

Im Zeitraum von 2012 bis 2018 hat die Zahl der Büroarbeitnehmer von 11,9 auf 14,8 Millionen zugenommen. Anders gerechnet:

**Die Zahl der Bürobeschäftigten in Deutschland hat sich binnen sechs Jahren um fast 25 Prozent erhöht.**

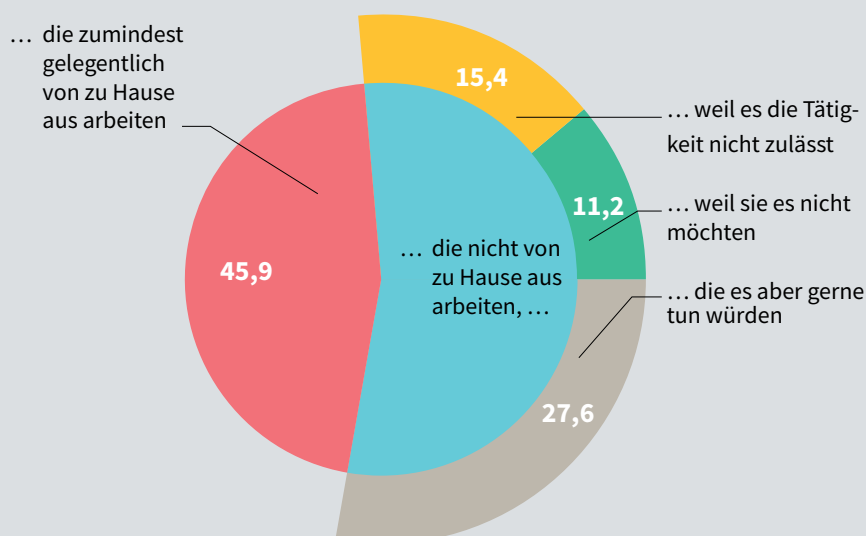
Ein Grund dafür ist natürlich auch, dass sich die hiesige Wirtschaft bis zum Lockdown prächtig entwickelt hatte und generell mehr Menschen in den vergangenen Jahren einen Job gefunden haben.

Allerdings ist der Anteil der Büroarbeiter an allen Erwerbstätigen seit 2012 ebenfalls merklich gestiegen: von 35,2 auf 36,7 Prozent; im Jahr 2006 hatte der Anteil erst 33,3 Prozent betragen.

Bei der Antwort auf die Frage, in welchen Branchen besonders viele Menschen im Büro arbeiten, gibt es wenig Überraschungen – allerdings durchaus Veränderungen.

## Homeoffice: Nur die wenigsten wollen nicht

Prozentualer Anteil der Bürobeschäftigten im Jahr 2018, ...



Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2020 IW Medien / iwd

So sind in der IT (84,5 Prozent) sowie im Bereich Werbung und Marktforschung (85,2 Prozent) besonders viele Mitarbeiter im Büro tätig, während sich im Fahrzeugbau (36,0 Prozent), im Einzelhandel (26,4 Prozent) und im Gesundheitswesen (19,7 Prozent) nur relativ wenige Büroangestellte tummeln. Doch:

**In fast allen Erwerbstätigen-gruppen gab es im Jahr 2018 prozentual mehr Büroangestellte als noch 2012.**

Fragt man nach Hochburgen der Bürobeschäftigung oder nach Kreisen und Städten, in denen fast niemand hinterm Schreibtisch sitzt, zeigen sich enorme Unterschiede:

**Die Bürobeschäftigungsquoten reichen von 7,2 Prozent im Kreis Kusel in Rheinland-Pfalz bis zu 49,7 Prozent in der Bankenmetro-pole Frankfurt am Main.**

Neben dem Spitzenreiter Frankfurt finden sich in den Top Ten sechs weitere Großstädte: Düsseldorf (47,8 Prozent), München (47,3 Prozent), Bonn (46,1 Prozent), Stuttgart (45,1 Prozent), Köln (44,8 Prozent) und Wiesbaden (44,5 Prozent).

Die anderen drei Spitzenplätze gehen an den Main-Taunus-Kreis, den Landkreis München und den Hochtaunuskreis. Denn nicht nur in den Großstädten, sondern auch in ihrem direkten Umfeld gibt es häufig viele Bürojobs – schließlich sind in diesen Regionen die Lebenshaltungskosten und die Büromieten oft niedriger als in der nahen Metropole.

Damit lässt sich auch erklären, dass die größten Zuwächse an Bürobeschäftigung nicht in den Großstädten stattfanden, sondern vor allem in den Landkreisen des

wirtschaftsstarken Bayerns: Um 78,4 Prozent ist die Zahl der Bürobeschäftigten von 2012 bis 2019 im fränkischen Schwabach gestiegen, dicht gefolgt vom niederbayerischen Regen mit 78,3 Prozent.

In absoluten Zahlen gemessen hat allerdings die Hauptstadt die Nase vorn (Grafik):

**In Berlin arbeiteten 2019 gut 640.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Büro – rund 190.000 oder 42 Prozent mehr als im Jahr 2012.**

Wahrscheinlich wird sich der Anteil der Bürobeschäftigten an allen Erwerbstätigen weiter erhöhen. Allerdings geht das IW, aber auch andere Forschungsinstitute, davon

aus, dass dies nicht zur Ausweitung der Büroflächen führen wird.

Im Gegenteil: Durch die Erfahrungen in der Corona-Pandemie dürften viele Firmen dem Homeoffice viel offener gegenüberstehen als früher.

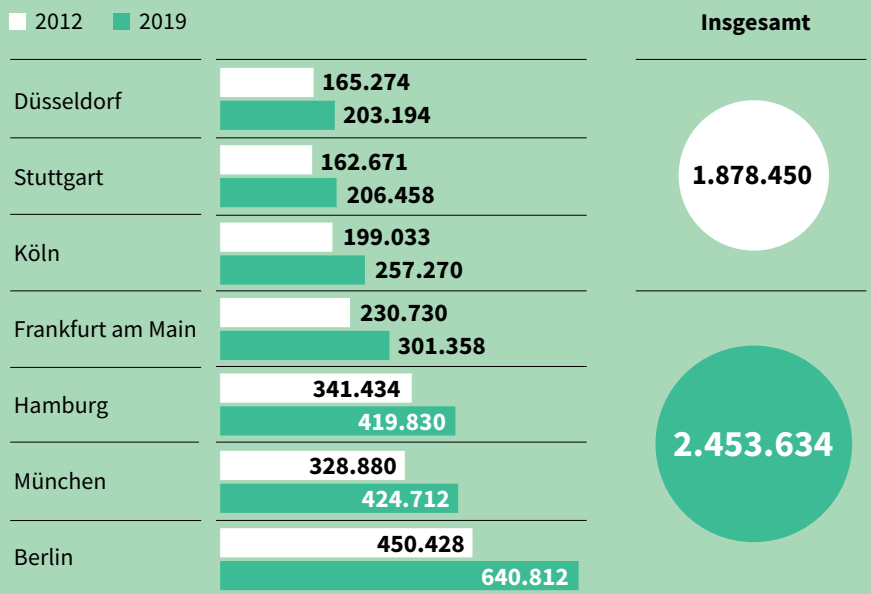
Weil gleichzeitig auch immer mehr Beschäftigte Gefallen daran finden, könnte der Bedarf an Büroflächen dauerhaft sinken. Damit fallen nicht nur die Mieten für Büroimmobilien, sondern auch die Kaufpreise.

**Aus IW-Trends 3/2020**

Andrea Hammermann, Michael Voigtländer: Bürobeschäftigte in Deutschland – Eine Regionalanalyse [iwkoeln.de/buerobeschäftigte](http://iwkoeln.de/buerobeschäftigte)

**Entwicklung der Bürobeschäftigung**

Sozialversicherungspflichtige Bürobeschäftigte in den sieben größten deutschen Städten



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft © 2020 IW Medien / iwd



**Impressum**

**Herausgeber:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. - Präsident: Arndt Günter Kirchhoff - Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther - Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland - **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) - **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Carsten Ruge, Alexander Weber - **Grafik:** IW Medien GmbH **E-Mail:** [iwd@iwkoeln.de](mailto:iwd@iwkoeln.de) - **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise vierwöchentlich - **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, [ennsberger@iwkoeln.de](mailto:ennsberger@iwkoeln.de) **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln - **Telefon:** 0221 4981-0 - **Druck:** Henke GmbH, Brühl - Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: [lizenzen@iwkoeln.de](mailto:lizenzen@iwkoeln.de) - Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: [datschutz-iwd@iwmedien.de](mailto:datschutz-iwd@iwmedien.de).



Zahl der Woche

272

Milliarden

Kilowattstunden Strom

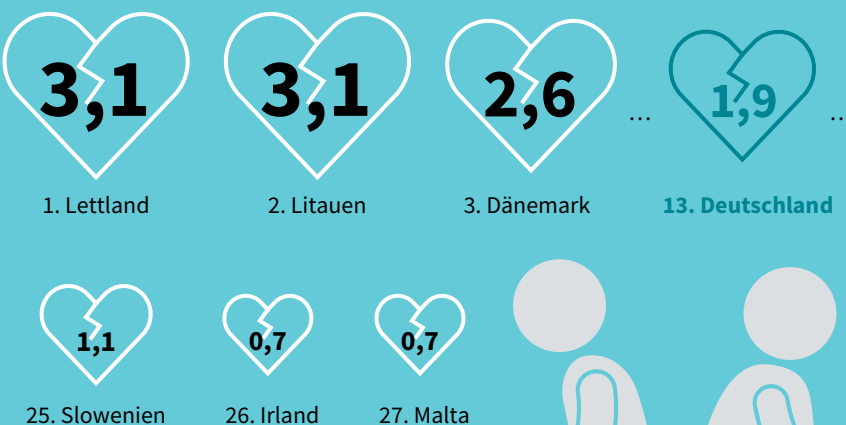
hat Deutschland im ersten Halbjahr 2020 verbraucht – 26 Milliarden Kilowattstunden weniger als im Vergleichszeitraum 2019. Das ergaben vorläufige Berechnungen des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft. Der Verband führt den Rückgang auf den gesunkenen Strombedarf der Industrie aufgrund der Corona-Pandemie zurück. Deutlich gestiegen ist dagegen der Anteil der erneuerbaren Energien: Windräder und Solaranlagen konnten im ersten Halbjahr 2020 erstmals mehr als die Hälfte des Bruttostromverbrauchs abdecken. Derweil ist Strom aus Kohle immer weniger gefragt: Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wurde mehr als ein Drittel an Braunkohle eingespart, bei der Steinkohle waren es sogar über 40 Prozent.

## Top-Liste: Scheidungen in der EU

In manchen Dingen ist Deutschland ziemlich durchschnittlich, so auch bei den Scheidungsraten. Da kam die Bundesrepublik im Jahr 2017 – das ist der jüngste verfügbare Wert – auf 1,9 amtlich dokumentierte Trennungen je 1.000 Einwohner. Das entspricht genau dem EU-Durchschnitt des Jahres 2016; eine aktuellere Zahl gibt es auch hier nicht. Deutlich scheidungsfreudiger sind die Einwohner der beiden baltischen EU-Mitglieder Lettland und Litauen, die jeweils auf mehr als 3 Scheidungen pro 1.000 Einwohner kommen. Demgegenüber führt das Leben auf einer Insel allem Anschein nach zur ehelichen Harmonie: Irland und Malta stehen mit einer Quote von jeweils 0,7 am Ende des europäischen Scheidungsrankings.

### Top-Liste: Wenn nicht der Tod scheidet

So viele Scheidungen je 1.000 Einwohner gab es 2018 in diesen EU-Ländern



Deutschland, Irland: Werte von 2017

Quelle: Eurostat  
© 2020 IW Medien / iwd

Neu auf [iwd.de](http://iwd.de):



## Britische Industrie unter ferner liefen

Nur noch 10 Prozent steuerte die britische Industrie 2018 zur Wertschöpfung des Landes bei. Zum Vergleich: In Deutschland waren es 23 Prozent. Dennoch würde es einige Industriebranchen im Vereinigten Königreich hart treffen, wenn sich die Briten mit der EU nicht auf ein Freihandelsabkommen einigen. Welche Probleme im Einzelnen drohen, lesen Sie auf [iwd.de](http://iwd.de).